

Rundbrief September II 2022

Einladung des Deutschen Bundestages



Auf Einladung des Deutschen Bundestages, veranlasst durch die Bundestagsvizepräsidentin Frau **Aydan Özoğuz**, die bis zur Annahme Ihres neuen Amtes Mitglied im DPG-Beirat war, erhielt ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V. die Gelegenheit, der Rede des israelischen Präsidenten **Izchak Herzog** am 6. September im Deutschen Bundestag beizuwohnen.

Das Präsidium wurde unmittelbar nach Empfang der Einladung von mir informiert und hat sich einstimmig für meine Teilnahme entschieden. Getragen wurde diese Entscheidung von der Tatsache, dass die DPG offensichtlich immer mehr als ernst zu nehmender Partner in der politischen Auseinandersetzung in Deutschland wahrgenommen wird. Mit der Einladung wird ebenfalls dokumentiert, dass die DPG trotz aller Schwierigkeiten nicht etwa unter dem allgegenwärtigen Verdacht des Antisemitismus ausgegrenzt oder geächtet wird, sondern sich inzwischen vielmehr zu einer politisch sehr relevanten Vertretung der PalästinenserInnen in Deutschland entwickelt hat.

Eine Ablehnung der Einladung schloss das Präsidium aus, denn das käme einer Missachtung der Einladenden und der mit der Einladung ausgedrückten impliziten Wertschätzung der DPG gleich.

Ich verstehe meine Anwesenheit im Deutschen Bundestag als Repräsentant der DPG und nicht als Privatperson mit eigenen Gefühlen und Erwartungen. Als langjährig in der Politik tätiger Mensch halte ich mich selbstverständlich an parlamentarische Gepflogenheiten, so dass mir bewusst ist, dass mir keine persönliche Gegendarstellung zu irgendeinem Thema zusteht.

Beim Einlass am frühen Morgen, der vorsah, dass die Gäste bereits um 8:45 in den Tribünen sein mussten, sind mehrere Kontrollen durchgeführt worden. Bis zum Erreichen des zugewiesenen Platzes und der Eröffnungsrede durch die Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** war ich gedanklich stets damit beschäftigt, herausfinden zu wollen, ob und was Präsident **Izchak Herzog** zur Palästinafrage sagen würde. Wird er einen Weg zu einer friedlichen Lösung aufzeigen? Andererseits ist es mir bewusst, dass es sich um einen Staatsbesuch zwischen zwei sehr eng miteinander befreundeten Staaten handelt, die durch die Shoa eine

besonders schwierige Beziehung zueinander pflegen

Der Besuch des israelischen Präsidenten in Deutschland und seine Rede im Deutschen Bundestag steht in einer langjährigen Tradition von gegenseitigen Besuchen zur Festigung der bilateralen Beziehungen. Einer solcher Rede, auch wenn sie nur etwas mehr als eine halbe Stunde gedauert hat, selbst zuzuhören und die Reaktion des Deutschen Bundestages selbst zu erleben, hinterlässt einen anderen Eindruck als wenn man Bruchteile davon in den Medien liest.

In seiner Rede ruft **Izchak Herzog** im Bundestag dazu auf, die Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel zu vertiefen. Gleichzeitig erinnert er an die deutschen Verbrechen unter der Nazi-Herrschaft und betont, „die jüdische Nation sei eine Nation des Erinnerns.“ Er warnt vor „finsternen hasserfüllten von Iran angeführten Kräften“, die aktuell den Staat Israel und die gesamte Weltordnung bedrohten.

Er nimmt Bezug auf Israels neu aufgenommene diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu „benachbarten Ländern“. Mit Blick auf den Nahost-Konflikt und die Rechte der Palästinenser führt er aus: **"Nie haben wir Kritik gefürchtet, nie haben wir Kritik unterbunden." Israel strecke seine Hand zum Frieden aus. Die Palästinenser müssten aber „zuerst den Terror bekämpfen“.**

Natürlich machen mich solche Aussagen betroffen:

- Wird Israels Anspruch als Vertreter der Opfer der Shoa tatsächlich von allen Juden weltweit geteilt?
- Warum geht Präsident Herzog nicht auf die seit über fünfzig Jahren andauernde völkerrechtswidrige Besetzung des Westjordanlandes ein?
- Entwickelt der israelische Präsident in dieser Rede Ansätze einer Vision zur Lösung des Palästina-Problems?
- Handelt es sich bei den neu aufgenommenen Beziehungen zu den Golfstaaten tatsächlich um echte Friedensbemühungen oder geht es Israel dabei nicht vielmehr um eine strategische Allianz gegen den Erzfeind Iran?
- Muss Herzogs Verurteilung des „palästinensischen Terrors“ nicht vielmehr als das Eingeständnis der Unfähigkeit der israelischen Politik verstanden werden, Frieden mit den Palästinensern zu schließen?
- Und wird seine Aufforderung an die Palästinenser, den Terror zu bekämpfen von den anwesenden Mitgliedern des Bundestages und der Bundesregierung auch als einseitige israelische Schuldzuweisung kritisch hinterfragt?

Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** sagte in ihrer Begrüßungsrede unter anderem: "Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Vergangenheit. Nicht nur ein Problem der anderen, der Extremisten. Antisemitismus ist mitten unter uns, in der Mitte unserer Gesellschaft." Hier dürfe es kein Wegsehen und keine falsch verstandene Toleranz geben. Bas versprach erneut, sich dafür einzusetzen, die Pläne zur Einrichtung eines deutsch-israelischen Jugendwerks voranzutreiben. Einen entsprechenden Beschluss hatte der Bundestag bereits 2018 gefasst. Seither ist jedoch nicht viel passiert.

Auch hier mache ich mir meine Gedanken über die Auslegung der sogenannten „Israel bezogenen Kritik“, die der israelischen Politik und der israelischen Militärregierung gelten: Diese wird jetzt schon als „Israel-Kritik“ und infolgedessen, aber fälschlicherweise als „antijüdisch“ und „antisemitisch“ bezeichnet. Die DPG sieht die Kritik an der israelischen Politik als ihre Pflicht an.

Einsatz für Menschenrechte kein Terrorismus



Mitteilung für die
Medien
Berlin, 7.9.2022

Solidaritätsbekundungen für bedrohte palästinensische Menschenrechtsorganisationen

Im Jahr 2021 erklärte die israelische Regierung prominente Einrichtungen der palästinensischen Zivilgesellschaft ohne Beweise zu Terrororganisationen. Deutschland und zehn weitere europäische Staaten, die US-Regierung und die Europäische Union gaben vor wenigen Wochen nach sorgfältiger Prüfung des ihnen vorgelegten Materials öffentlich bekannt, darin keine substantiellen Belege für die Anschuldigungen gefunden zu haben. Sie haben die Fortsetzung ihrer Unterstützung für die palästinensischen Organisationen bekräftigt.

Es geht um folgende von Schließungen betroffene palästinensische Nichtregierungsorganisationen:

- **Addameer** – eine Vereinigung zur Unterstützung von Gefangenen,
- **Al Haq** – eine Menschenrechtsorganisation,
- **Bisan** – ein Forschungs- und Entwicklungszentrum für marginalisierte palästinensische Gemeinschaften,
- **Defense for Children International** - Palestine,
- **Union of Agricultural Work Committees, Union of Palestinian Women Committees** und
- **Union of Health Work Committees.**

Am 18. August drang die israelische Armee in deren Büros ein, um ihre Schließung dennoch durchzusetzen. Der Einsatz für Menschenrechte, die Dokumentation von Rechtsbrüchen, Rechtshilfe für Betroffene und das Ringen um den Zugang zu Wasser und Land sind kein Terrorismus, sondern gehören zum Kern von Menschenrechtsarbeit in aller Welt.

Die jüngste Eskalation im Vorgehen der israelischen Regierung reiht sich in den globalen Trend repressiver Politik gegen Menschenrechtsorganisationen ein: **Kritiker:innen unrechtmäßiger Politik werden durch Terrorismus- und andere Vorwürfe kriminalisiert und mit willkürlicher Verhaftung bedroht.**

Die betroffenen Organisationen erheben ihre kritischen Stimmen auch gegen massive Menschenrechtsverletzungen der Palästinensischen Autonomiebehörde und ihres Sicherheitsapparats. Ihr Verbot schwächt nicht nur die innerpalästinensische Auseinandersetzung um Demokratie und Menschenrechte, sondern trägt auch zum Erhalt des Status quo bei, der von israelischer Landnahme und völkerrechtswidrigem Siedlungsbau geprägt ist. Wir verurteilen die unbegründeten Einstufungen in aller Entschiedenheit und erklären uns solidarisch mit den international respektierten Organisationen und ihren Mitarbeiter:innen in den besetzten palästinensischen Gebieten und all denjenigen in Israel, die sich für Menschenrechte und die Einhaltung des internationalen Rechts einsetzen und dort Anfeindungen ausgesetzt sind.

Am Samstag, dem 3.09.22 wurde eine Anzeige mit dem obigen Wortlaut in der

Tageszeitung/taz geschaltet und von folgenden Organisationen unterzeichnet:
European Center for Constitutional and Human Rights e. V.

- Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
- KURVE Wustrow e. V.
- medico international e. V.
- Misereor e. V.
- NRC Deutschland
- Oxfam Deutschland e. V.
- pax christi – Deutsche Sektion e.V.
- Weltfriedensdienst e. V.

Auch Pax Christi International (PCI) zeigt sich solidarisch mit den betroffenen Organisationen und kritisiert, dass das Fehlen einer frühen entschiedenen Antwort der Internationalen Gemeinschaft die israelische Regierung ermutigt habe, diese Organisationen zu kriminalisieren und deren wichtige Menschenrechtsarbeit zu beenden. Die Aktion im letzten Jahr hätte „die internationale Gemeinschaft dazu veranlassen müssen, von der israelischen Regierung zu verlangen, die Einstufung dieser Organisationen als Terrororganisationen unverzüglich zurückzunehmen und sie wieder in das wichtige Netz der zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzunehmen.“ Durch die Schließung werde deren Aufgabe, Menschenrechtsverstöße an internationale Gremien, wie den Internationalen Gerichtshof, zu melden, vereitelt.

Bei der nächtlichen Aktion durch israelische Soldaten gegen das Al-Haq-Büro in Ramallah wurde auch Kirchengrundbesitz der St. Andrew's Episcopal Church beschädigt.

PCI: „Als katholische Organisation fordert Pax Christi International insbesondere unsere Bischöfe auf, die Diözese in Jerusalem zu unterstützen, die diese Angriffe als ‚eine Verletzung des Völkerrechts‘ bezeichnet hat.“

Über die Schäden an Kirchengrundbesitz in Ramallah berichtet eine Meldung der Episcopal Diocese of Jerusalem: www.globalministries.org/wp-content/uploads/2022/08/Episcopal-Diocese-of-Jerusalem-Statement-on-Raid-of-Its-Property.pdf

Workshop - Medienarbeit

Montag 3.10.2022

9:00 - 15:00 Uhr (Vereinsöffentlich) – Koptisches Kloster Höxter

1. Vortrag - Jörg Helge Wagner
2. Gruppenarbeit
3. Zusammenfassung
4. Verschiedenes

In dem Workshop sollen fundierte Kenntnisse vermittelt und erworben werden, wie Pressemitteilungen, Leserbriefe und Berichte erstellt und an die Medien erfolgreich versendet werden.

Teilnehmergebühr

Verpflegung pro Person

Kaffee und Kuchen, Abendessen, Frühstück, Mittagessen, Kaffee **40,00 EUR**

Übernachtung im Einzelzimmer **35,00 EUR**

Übernachtung im Doppelzimmer **27,00 EUR**

Teilnahme am Montag ohne Übernachtung **15,00 EUR**